

URL: [http://www.welt.de/politik/article1021826/Bei\\_den\\_aengstlichen\\_Buergern\\_von\\_Berlin-Pankow.html](http://www.welt.de/politik/article1021826/Bei_den_aengstlichen_Buergern_von_Berlin-Pankow.html)

12. Juli 2007, 16:18 Uhr

VON FREIA PETER

## MOSCHEE-STREIT

### Bei den ängstlichen Bürgern von Berlin-Pankow

**Köln, München, Bonn: Der Bau von Moscheen sorgt bundesweit für Ärger. Obwohl der Grundstein des muslimischen Gotteshauses in Berlin-Pankow längst gelegt ist, demonstrierten Anwohner am Abend mit Deutschlandfahnen in der Hand. Sie wollen zeigen: Muslime werden es bei uns nicht leicht haben.**



Mit der Fahne in der Hand: Demonstration gegen die geplante Moschee in Berlin-Pankow

Foto: DPA

Die Baustelle liegt versteckt hinter einem hohen Bauzaun. In Pankow-Heinersdorf, einem abgelegenen Berliner Stadtteil kurz vor der Autobahnauffahrt, wehen an diesem Abend Deutschlandflaggen von den Balkonen. Die Anwohner wollen zeigen, dass im Land der deutschen Werte keine Muslime erwünscht sind und erst Recht keine Moscheen. Verhindern werden die Anwohner den ersten Moschee-Neubau im Ostteil Berlins nicht mehr. Das zweistöckige muslimische Gotteshaus mit einem zwölf Meter hohen Minarett auf dem früheren Gelände einer Senffabrik soll im nächsten Jahr fertig sein.

Rechtsextreme mischen sich in den Demozug, kahlrasierte Köpfe mit Kapuzenpullis und Plakaten, die „Abschiebung für alle“ fordern. Man könnte meinen, die Demonstranten bildeten eine einheitlich fremdenfeindliche Menge. Doch die Wahrheit ist komplizierter. Die DDR-Vergangenheit der Bewohner spielt eine Rolle, der schlechte Draht der Lokalpolitiker zu ihren Bürgern, einige Ängste, viele Vorurteile und das nicht einmal böswillige Unvermögen, vertrauensvoll den Blick zu weiten.

Joachim Swietlik, Leiter der Bürgerinitiative gegen den Moscheebau, ist in manchen Belangen ein toleranter Mann. Seine Tochter liebt eine Frau, seine Nachbarn sind Nigerianer, Swietlik hat kein Problem damit. Doch beim Thema Islam gelangt seine Toleranz an ein Ende.

#### Von der Lokalpolitik an DDR-Zeiten erinnert

Nie hat ein Muslim in „seinem Stadtteil“ gewohnt, deswegen glaubte Swietlik zunächst an einen Scherz, als er im vergangenen Jahr in der Zeitung las, dass in der Nachbarschaft eine Moschee gebaut werden soll. Hier war der erste große Fehler schon begangen: Lokalpolitiker hatten im Stillen den Kaufvertrag der Brachfläche an die wohlhabende muslimische Ahmadiyya-Gemeinde unter Dach und Fach gebracht, ohne die Bewohner darüber zu informieren. Die fühlten sich übertölpelt und an DDR-Zustände erinnert, als ihre Meinung nichts zählte. Und gingen auf die Barrikaden.

Am Abend der Demonstration zeigt ein Plakat den SPD-Bürgermeister des Bezirks, wie er dem Imam der Gemeinde lächelnd die Hand schüttelt. Es sieht aus, als werde nach einem Schwerverbrecher gefahndet. Mitglieder der Interessengemeinschaft haben Anzeige gegen den Bürgermeister gestellt. Einen Brandanschlag auf die Moschee-Baustelle im März hatte dieser als „Höhepunkt der islamfeindlichen Hetze“ bezeichnet. Die Anwohner fühlten sich zur Täterschaft gezählt.

Manche Plakate klingen in der Tat sehr nach Propaganda. „Ausländer raus!“ findet ein lieb aussehendes Mädchen mit Pferdeschwanz. „Deutsche Wurst statt Gammeldöner“ fordert ein anderes Transparent. Auch wenn Joachim Swietlik findet, dass diese Plakate „eindeutig zu weit gehen“, laufen die Jugendlichen doch ungestört mitten in der Menge.

### **„Liebe für alle, Hass für niemanden“**

Junge Männer mit Glatzen lassen literweise Rum-Cola aus Plastikflaschen in sich hinein laufen, sie skandieren „Nein, nein, nein zu Moschee!“, so dass ihre Halsadern rot hervor treten. Wer solche Bilder sieht, hört die Ängste der Anwohner nicht mehr. Einige von ihnen haben den Koran gelesen, sie fordern, dass sich die Muslime von der Züchtigung gegen Frauen distanzieren, die gemäß einigen Übersetzungen des Korans im Rahmen des Erlaubten ist. Der Imam der Ahmadiyya reagierte darauf, in dem er das Motto der Gemeinde zitierte: „Liebe für alle, Hass für niemanden.“

54 Prozent der Berliner sind laut einer Umfrage gegen den Moscheebau, 34 Prozent dafür. Zur Demonstration sind nur 500 Teilnehmer gekommen, Swietlik glaubt, dass viele der Gegner ihre Meinung nicht öffentlich äußern, weil sie nicht als rassistisch gelten wollen.

Doch genauso hören sich die Argumente vieler Demonstrationsteilnehmer an, ohne, dass diese es merken, so scheint es. Ein Kleinunternehmer spricht von einem „kleinen Türken“, den er aus Mitleid als Praktikant eingestellt habe. Überraschenderweise habe er sich „wie ein normaler Mensch“ verhalten, doch als die dänischen Karikaturen den Propheten Mohammed verunglimpft hätten, habe er sein wahres Gesicht gezeigt und auf den mangelnden Respekt der Andersgläubigen geschimpft.

Heinersdorf ist ein Stadtteil mit kleinen Einfamilienhäusern und gepflegten Vorgärten. Man will hier seine Ruhe haben. Dem Urteil des Verfassungsschutzes, der die Ahmadiyya-Gemeinde als friedliebend einstuft, vertrauen die meisten Bewohner nicht. Zwar glauben sie nicht, dass die Mitglieder der Gemeinde Gewalttäter oder gar Terroristen sind. Aber sie haben Angst, dass die Grundstückspreise in ihrem Viertel fallen und der Zuzug von sozial Schwachen zunimmt.

### **Angst vor Scharia und Zwangsheirat**

Sie haben Angst, dass die Muslime ihre Ideologie unter den Bewohnern, den Kindern verbreitet. Dass sie die Scharia, das Gesetz des Islam einführen wollen, dass Frauen geschlagen und Mädchen zwangsverheiratet werden. Bisher hatte die Ahmadiyya-Gemeinde ihren Sitz in einem Westberliner Stadtteil. Mit den Anwohnern dort hat es keinen Ärger gegeben. Die taten sich offensichtlich mit ihren muslimischen Nachbarn leichter.

Im Demozug in Pankow laufen auch Senioren mit, einige von ihnen hegen eine diffuse Ablehnung gegen „türkische Männer“. Manche von ihnen wissen nicht so genau, dass ein Großteil der Ahmadiyya-Gemeinde in Pakistan geboren wurde. Eine ältere Dame hat sich in eine Burka gehüllt, einen Ganzkörperschleier wie ihn die Frauen im Afghanistan der Taliban tragen mussten, „Sharia, nein danke!“ steht auf dem Pappschild, das sie trägt.



Foto: DDP

Klare Aussage: Diese Demonstrantin weiß, wogegen sie ist

Auf dem Weg zum Rathaus tauchen linke Gruppen auf, sie stellen sich an den Straßenrand und rufen „Ja! Ja! Ja zur Moschee!“ Die Polizei verhindert, dass die Demonstranten losschlagen. Später werden doch noch 18 Männer und zwei Frauen festgenommen, unter anderem wegen schwerem Landfriedensbruch und Körperverletzung, mindestens 15 von ihnen werden der rechten Szene zugeordnet. Einige von ihnen hatten Hakenkreuzsymbole an ihren Jacken getragen.

Die Polizei steht kurz vor der Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages mit der Ahmadiyya-Gemeinde. Die Muslime bekennen sich darin zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, im Gegenzug will die Polizei ihr Schutz geben. Die Gemeinde will sich darauf nicht verlassen. Die Baufirma wird nun Überwachungskameras an der Baustelle anbringen.

Eine rechtliche Möglichkeit, den Bau zu verhindern, gibt es für die Bürgerinitiative nicht mehr. Dennoch will sich ein Großteil der Anwohner nicht „geschlagen“ geben. Im Moment wird geprüft, ob die anwohnenden Gewerbetreiber gegen den Moscheebau klagen könnten, weil sie Geschäftsverluste fürchten. „Eins steht fest, die Ahmadis werden hier keine Ruhe finden“, sagt Joachim Swietlik. Von den Demonstranten bekommt er dafür großen Beifall.

Anzeige



**POSTBANK-INVEST!**

Sicherer Vermögensaufbau mit hoher Rendite: Bis zu 8,3% p.a.

[» Mehr Informationen](#)

- [+92% in 3 Jahren – der Finanztest-Sieger „Bester ethisch-ökologischer Aktienfonds Welt“.](#)
- [Ökologisch und profitabel: Teakholz-Plantagen in Costa Rica bringen Ihnen 12% p.a. und mehr!](#)
- [Optimal absichern, entspannt zurücklehnen - mit dem VollMed Tarif der DKV schon ab € 191,28 mtl.!](#)
- [Jetzt trotzdem per Flatrate surfen! Mit der Arcor-Internet by Call Flatrate ab 14,90 €/Mon.](#)